

Wie könnte der Weg zu einem bayerischen Psychiatriehilfegesetz aussehen?



1. Bayerischer Landespsychiatrietag
10. Mai 2013 in Nürnberg

Celia Wenk-Wolff
Referentin für Psychiatrie
beim Verband der bayerischen Bezirke

Hürden



- Verantwortung?
- Welcher Rechtskreis?
- Schnittstellen und (Mehr)Kosten
- Wo kommt eigentlich das Geld her?
- Brauchen wir einen Konsens?
– So könnte es gehen.....

Verantwortung



- Versorgungsstruktur mit vielen Rechtskreisen:
 - SGB V
 - SGB VIII
 - SGB IX
 - SGB XI
 - SGB XII
 - Sicherheitsrecht, Strafrecht

Verantwortung



- Entsprechend viele Beteiligte:
 - Betroffene und deren Angehörige
 - KVB
 - Polizei
 - 1. und 2. kommunale Ebene
 - Bezirke über Art. 48 BezO ⇒ BKH mit Tageskliniken und PIA
 - Bezirke im Rahmen der üö Sozialhilfe
 - Freistaat Bayern ⇒ Gesetzgeber, FAG, Apparat und Ressourcen (Staatshaushalt)

Rechtskreis



???

Polizeirechtliche Gefahrenabwehr,
Sicherheitsrecht, Maßregelvollzug

./.

Gesundheitsstrukturrecht

⇒ Gesamtkonzept
psychiatr. Hilfeangebote

Rechtskreis



Reicht uns ein primär sicherheitsrechtlich
ausgerichtetes Landesgesetz, das auf
bestehende Strukturen und vor allem auf
bundesrechtliche Regelungen verweist?

Wie erfolgt der Einbezug

-der Rechtsprechung des BVerfG, EuGMR

-der UN-BRK ??

Gestaltungsanspruch?

Schnittstellen und Kosten



- Eingriff in die bisherige Gesundheitsstruktur berührt die Interessen aller Akteure
Beispiele: Krisendienste, Krisenpensionen, mehr aufsuchende SPDi-Leistungen, Hilfen, die Unterbringungen vermeiden o. verkürzen, inhaltliche Anforderungen an Unterbringungen und Zwang

Schnittstellen und Kosten



Reflex 1:

Wir erfüllen unsere Aufgabe gut,
andere machen es nicht besser

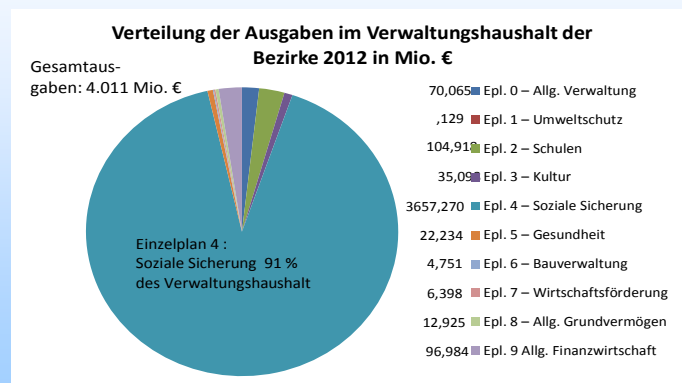
Reflex 2:

Wenn Veränderung gewollt ist, dann
geht das nur mit mehr Geld/
Personal



Wo kommt eigentlich das Geld her???

Finanzen der Bezirke



Finanzen der Bezirke



- Von 3,6 Mrd. sind 2,15 EinglH
- Für 140.000 Menschen
- Gesamtaufwand „ambulant“ für Menschen mit seelischer Behinderung:
(ohne 8000 Plätze stationäres Wohnen, WfbM, persönliches Budget ua)
200 Millionen Euro

Ambulant-komplementäre Versorgung

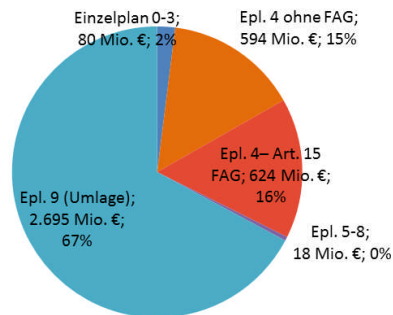


- SPD i ca. 28 Mio. €
- PSB ca. 30 Mio. €
- BEW/TWG ca. 94 Mio. €
- Tagesstätten ca. 26 Mio. €
- Integrationsfirmen
Zuverdienst ca. 14 Mio. €
- Familienpflege ca. 1 Mio. €

Finanzausgleich



Finanzierung der Verwaltungshaushalte der Bezirke
2012 in Mio. €



Finanzen der Bezirke



- Umlagekraft stieg 2013 um 9,1 % = 1 Mrd. €
- Entlastung durch Bund bei Grundsicherung im Alter: + 70 Mio. €
- Unterschiede: + 4,3 bis +13,2 %
- Hebesätze als wesentliches Politikum

Finanzen der Bezirke



- D.h. 2/3 trägt die 2. Kommunale Ebene
- Rund ¼ (im Durchschnitt 23,7%) ihrer Einnahmen gehen an den Bezirk
- 2. kommunale Ebene erhebt Umlage bei den Gemeinden und kreisangehörigen Städten (Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisungen)
- D.h. 2,7 Mrd. € trägt die kommunale Familie bei sehr unterschiedlicher Leistungsfähigkeit

Wir brauchen
einen Konsens!!



....so könnte es gehen



- Initiativen bündeln
z.B. Hauptausschuss des VBB
18.10.2012
- Moderator bestimmen
- Diskurs mit allen Beteiligten
- Einbindung der Politik

.....die Zeit scheint reif!!

